

die Genossen mit der roten väterbeseidenden Krawatte noch Bertha von Suttner mit dem sentimentalsten Roman etwas ändern. Sehr interessant schreibt Dr. Max Nordau aus Paris der „Saale-Zeitung“ über dieses Thema:

Eine förmliche, feierliche Versöhnung kann und wird nicht stattfinden. Zwischen uns und ihnen liegt ein Abgrund, der sich zu entfernen niemand die Macht und den Mut hat. Aber eine beratende äußerlich, etwa durch Vertrag, Bündnis, Feste, Erklärungen u. dgl. gekennzeichnete Versöhnung ist ja nicht nötig. Tatsächlich leben Deutschland und Frankreich, Deutsche und Franzosen, wenn nicht gerade Zwischenfälle der Tagespolitik, wie der Marokkofreit, acute Versäunungen herbeiführen, ganz friedlich und freundlich neben und miteinander, die tausend Fäden, die das wirt- und wissenschaftliche Leben, die Künste, das Kunstschaffen, der Literatur- und Wissenschaftsleben, bringen sie einander unmerklich nahe und eines Tages erwachen sie zur Erkenntnis, daß sie zu einer untrennbaren Kultur- und Zivilisationsgemeinschaft sind. Damit können wir uns zufrieden geben.

Dieses Aneinanderbringen zweier Nationen, von dem Max Nordau spricht, kann nur durch eine maßvolle und natürlich ebenfalls entschlossene Politik, wie sie Herr von Ribbentrop dirigiert, der die französische Psyche so gut kennt, erfolgen. Auf „alldeutsche“ Jurisdiktion reagiert der gallische Spahn nicht.

Offizielle Entenpödel.

Paris, 31. Juli. Die halbamtliche Agence Havas veröffentlicht folgende Note: Verschiedene Zeitungen haben sich in der letzten Zeit zum Echo von tendenziösen Gerüchten gemacht, denen zufolge Deutschland zu ungewöhnlichen Einberufungen von Referenten schritt, während Frankreich keinerlei außergewöhnliche militärische Maßnahmen traf. Diese Verschiedenen Gerüchte entbehren jeder Begründung.

Paris, 31. Juli. Eine weitere Note der „Agence Havas“ besagt: Ein Morgenblatt hat einige vertrauliche Mitteilungen veröffentlicht, die ihm von einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit gemacht worden seien, darunter auch eine angelegliche Äußerung des Reichskanzlers Jules Cambon gegenüber dem deutschen Staatssekretär von Ribbentrop. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Jules Cambon zugehörigen Äußerungen in jedem Punkte unrichtig sind.

Zu dem zweiten Dementi sügt das genannte Telegraphen-Bureau in einem besonderen Telegramm nach die Erläuterung hinzu, daß dieses sich auf die — von uns frizzierte — Berliner Meldung des „Matin“ beziehe, worin behauptet worden war, der französische Vizekonsul Camille Hanse in A. Ribbentrop'scher Äußerung in einer Unterredung über die marokkanische Angelegenheit die scharfe Tonart anwandte, gesagt: „Aber, mein verehrter Herr Minister, Sie vergessen, daß Ihr Souverän in Kiel gelagert hat: Mit oder ohne Kompensationen, Marokko ist mit gleichgültig.“

Eine neue Hetze des „Matin“.

S Paris, 1. Aug.

Trotzdem von deutscher Seite wiederholt erklärt wurde, daß in Agadir keine Landung deutscher Truppen erfolgt, nach eine solche in Aussicht genommen sei, läßt der „Matin“ sich heute melden, daß der Kreuzer „Berlin“ gestern ein Detachement von 30 Matrosen gelandet hat.

Das Blatt berichtet weiter, unter den Eingehorenen mache sich eine Gärung bemerkbar. Die Leute des Krimasjannames hätten auf dem Markt von Juntü den heiligen Krieg erklärt.

Deutsches Reich.

Eine militärische Expedition nach dem Caprivizipfel.

Der quälenden Ungewißheit über das Schicksal der Kolonne Frankeberg, von der seit jener Unglücksbegehung vom 19. Juli keine Nachricht mehr nach Europa gelangt ist, will die Regierung jetzt ein Ende machen. Unser Deutsch-Südwestafrika wird nämlich amtlich gemeldet:

Da es trotz aller Nachforschungen bisher immer noch nicht gelungen ist, Aufklärung über das Schicksal der Kolonne Frankeberg zu schaffen, und da außerdem auch die am Ostwälder gelegene Polizeistation Kuringkur und die 60 Kilometer westlich von Andara (Alibeba) gelegene Oblatenmission Niangana gefährdet erscheinen, hat sich der Gouverneur entschlossen, eine stärkere Expedition in den Nordosten des Schutzgebietes zu entsenden. Die Expedition besteht aus zwei Kompanien, einer halben Batterie, einer Maschinengewehr-Abteilung und einem Referatszug zusammen. Angeführt der Länge der Etappenstrecke ist dieses Truppenaufgebot in Stärke von etwa 200 Mann erforderlich. Die Führung übernimmt Major Sinsig; auch der Kommandeur der Schutztruppe Major v. Seydewitz wird die Expedition begleiten.

Nach der Neuenternung vom 19. Juli sollte die 2 weisse Sergeanten, 14 schwarze Polizisten und 20 Träger starke Abteilung von Leuten des Namabotostammes in Ngamiland im sogenannten Caprivizipfel vollständig niedergemacht worden sein; nur der Führer der Abteilung, Distriktskommissar von Frankeberg, sollte auf einem Mastwurf entkommen sein. Anfallenderweise hat nun aber auch v. Frankeberg inzwischen sein Lebensgeheimnis zu lüften, obwohl er doch in den letzten Tagen vorangegangenen 12 Tagen eine englische Station hätte erreichen müssen, wenn er in der Tat getreut wäre. Hoffentlich gelingt es dem Expeditionsvorposten, bald wieder die Vorgänge zu bringen; weiß man doch noch nicht einmal, ob jener Neuenternung überhaupt ein tatsächlicher Vorgang zugrunde liegt. Die Meldung vom am 19. Juli in Alibeba, wozu die bestreute Nachricht aus Sinsig an der Grenze des deutschen Schutzgebietes gelangt war; und diese Nachricht wieder beruhte auf Gerüchten, die dort unter den Eingeborenen umliefen. Welche Bedeutung der Expedition beizumessen ist, kann man daraus ersehen, daß der Kommandeur der Schutztruppe sich persönlich an ihr beteiligt.

Ein Popf.

Wie bereits aus Straßburg gemeldet, sind die vier Korps des Straßburger S. C. nachdem sie wegen Anmohung einer gegen die Universitätsstatuten verstoßenden Gerichtsbarkeit über einen Referendar auf zwei Semester suspendiert worden waren, aus neue, und zwar auf weitere zwei Semester suspendiert worden. Die erneute Suspension erfolgte auf Ansehe des betreffenden Referendars, der sich durch eine in den Straßburger Zeitungen erschienene Erklärung des S. C. geschädigt fühlte. Diese ganze Angelegenheit gibt wieder einmal Gelegenheit, die Universitätsbestimmungen bezüglich der studentischen Vereine auf ihre Berechtigung und Zeitgemäßheit hin anzusehen. Der S. C. hatte zur Vermeidung von Mißverständnissen eine Erklärung in die Straßburger Presse gegeben, die durchaus nichts neues brachte, sondern lediglich sachlich über die Umstände referierte, die zu seiner Suspension geführt hatten. Obwohl also keinerlei neues Material vorlag, verurteilte der Senat den S. C. zu einer erneuten Suspension auf die einfache Erklärung des betreffenden Referendars hin, er fühlte sich weiterhin geschädigt, und auf seine Behauptung, der S. C. habe die Verurteilung an ihn (des Referendars) Sandgericht und Reglement geben lassen. Beides ist nachweislich unrichtig. Der Senat jedoch verurteilte auf eine Einvernehmung der Beschuldigten.

Ein solches Verhalten kann weit über irgend welche studentische Interessen hinaus gefährlich werden bei einer Instanz, wie sie der Straßburger Senat ist, gegen dessen Erkenntnis keine Berufung möglich ist. Es erscheint doch an der Zeit, die apodiktische Gerichtsbarkeit etwas mehr mit dem heutigen Rechts-

bewußtsein und der übrigen Gesetzgebung in Einklang zu bringen.

Ein Sohn Wolf Wagners — Professor der Theologie in Breslau.

In der „Osnabrücker Ztg.“ lesen wir: In der katholisch-theologischen Fakultät zu Breslau habilitierte sich für das Fach der Moraltheologie Dr. theol. et phil. Friedrich Wagner mit einer Vorlesung über „Die Willensfreiheit und ihre Semantik“.

Dr. Wagner ist 1867 als Sohn des bekannten protestantischen Professors der Nationalökonomie an der Berliner Universität, Dr. Theodor Adolf Wagner, geboren und hatte zuerst Philosophie und Kunstwissenschaften studiert. Nach seiner Promotion war er eine Zeitlang als Museumassistent tätig, dann trat er zur katholischen Kirche über und studierte in Freiburg i. Br. Theologie. Dementsprechend ist er Benefiziat der kurfürstlichen Kapelle an der Domkirche zu Breslau.

Parteinachrichten.

L. C. Den hiesig-Dauerischen Gewerkschaften hat sich der Deutsche Kaufmännische Verband angeschlossen. Es wird nun eine rege Agitation für diesen neuen kaufmännischen Gewerkschaften entworfen. Alle Angehörigen der Gewerkschaften sollen mitteilen, es sind gilt, neue Ortsgruppen für den Deutschen Kaufmännischen Verband zu gründen.

Angewandtschaft sind alle deutschen Arbeiterorganisationen mit wenigen Ausnahmen in einem regen Wachstum begriffen. In allen Industriezweigen hat die Zahl der organisierten Arbeiter zugenommen. Namentlich sind die drei Hauptorganisationen, die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die Christlich-Dauerischen Gewerkschaften, so ergibt sich z. B., daß in der Metallindustrie 683 048 Arbeiter im Jahre 1910 organisiert waren, im Bergwerke 407 373, im Handels- und Transportgewerbe 250 158, im Bergbau 209 905, in der Textilindustrie 164 568, in der Bekleidungsindustrie 123 768, in der Holzindustrie 199 573, in der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie 118 561, Fabrikarbeiter waren 184 180, im polnischen Gewerbe waren 97 479 organisiert, in der Papier- und Lederindustrie 71 792, in der Industrie der Seile und Erden 70 151, Gießereibetriebe waren 12 898, Gärtner 6243.

L. C. Sozialdemokratische Kaufleute. Die Sozialdemokratie trank noch immer daran, daß sich in ihren Reihen viele befinden, die gar zu gern den wilden Mann spielen. Diese „blutigen“ Gewissen, die von Laßt nichts verstehen und nichts verstehen wollen, haben leider oft einen großen Anfang hinter sich, weil sie sich als Volkskammer ausließen, die weder 20 noch 2000 Tausend, wenn es das Wohl des Volkes gilt. Bekannte Klagen über den Ton der Genossen kommen auch aus dem Frankfurter Stadtparlament. Die sozialdemokratischen Vertreter leisten sich dort gegenüber den anderen Stadtparlamentarier oft Verächtlichkeiten schimpflicher Art. Sie halten sehr oft ihre Agitationsreden zum Fenster hinaus und für die Galerie. Natürlich wird dadurch die Stadtparlamentarierverammlung zum Unmutspiegel der Parteileidenschaft. Selbstverständlich kann der Vorrede einer Verammlung nicht haben, daß die Zuhörer aus ihren Reihen noch durch begeisterte Juristen ermuntern, wie das letzthin in Frankfurt der Fall war. Es war daher durchaus verständlich, wenn die sozialdemokratische Fraktion den Saal verließ, weil der Präsident der Galerie, von der aus trotz entsetzlicher Warnung weitere Störungen erfolgten, räumen ließ. Die sozialdemokratische Fraktion hätte diese Verbeugung, die sie mit ihrem Auszuge vor der Galeriebejudern machte, nicht tun sollen. Auch sie hat ein Interesse daran, daß im Stadtparlament sachlich verhandelt wird.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser in Swinemünde.

Am Swinemünde, 31. Juli, wird dem „B. Z.“ gemeldet: Am Ausde des heutigen Nachmittags betete sich wieder eine große Menschenmenge vor der „Hohenzollern“ eingefunden, um den Kaiser zu sehen. Gegen fünf Uhr verließ der Kaiser mit seinem Gefolge die kaiserliche Yacht in Zingst. Die Herren begaben sich in drei Automobilen über Springdorf und Bannitz nach Rangenberg. Die Rückfahrt erfolgte abends 7 Uhr. Zur Abendfeier waren geladen: Frau Konjuz E Staub mit ihrer verstorbenen Tochter, der

cah der Brief in einem Jahre geschrieben wurde, in dem der 6. Juli ein Montag war. Demnach kommen aus der Zeit vom 25. bis zum 4. Lebensjahre Beethovens folgende Jahre in Betracht: 1795, 1801, 1807, 1812, 1818. In einem dieser Jahre muß der Brief also geschrieben sein, vorausgesetzt, daß man nicht einen Irrtum Beethovens in der Benennung des Tages annehmen und dadurch vollständig ins Uferlose geraten will.

Eifrige Forscher haben es sich nicht entgehen lassen, zu untersuchen, welche von den Frauen aus Beethovens Umgangskreis in den fraglichen Jahren wohl den Tonhöflich hätten spielen können. Eine ganze Anzahl von Frauen, denen Beethoven sich zu verschiedenen Zeiten seines Lebens persönlich genähert hat, ist auf diese Weise namhaft gemacht worden. Der chronologischen Reihenfolge nach muß als erste die mit Beethoven schon von Bonn her bekannte Sängerin Magdalena Willmann genannt werden, der Beethoven, einer Ueberlieferung zufolge, 1795 einen Heiratsantrag stellte. Theodor v. Fritschel nimmt an, daß der Brief an sie gerichtet, also 1795 geschrieben sei.

Nächst der Willmann kommt die junge Komtesse Giulietta Guicciardi in Betracht, die in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts Beethovens Klavierlehrerin war und mehreren seiner Freunde als eine seiner „Flammen“ galt. Beethoven selbst hat diese Meinung 1823 Schindler gegenüber bestätigt. In einem Konversationsheft aus dieser Zeit findet sich eine Unterhaltung zwischen Beethoven und Schindler, die sich um die Person der einflüchtigen Komtesse Guicciardi, späteren Gräfin Gallenberg dreht. Das Gespräch wurde an einem öffentlichen Ort geführt und Beethoven schrieb, um nicht von anderen gehört zu werden, seine an Schindler erteilten Antworten auf. Um das Aufgeschriebene vor unbesonnenen Blicken zu schützen,

*) Stehe das Faktum unter den Beilagen dieses Heftes. Sie umfassen ausschließlich Nachbildungen solcher Beethovenischen Autographen, die mit der Frage nach der „unsterblichen Geliebten“ in engsten Zusammenhang stehen. Wenn es uns gelungen ist, unseren Lesern auf 21 Blättern die wichtigsten Beethovenischen Briefe zu bieten, so danken wir die Möglichkeit dieser einzigartigen Faksimile-Folge vor allem dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Herrn Prof. Dr. Kaufmann, Direktors der königlichen Bibliothek in Berlin, der uns die Reproduktion des Briefes an die „unsterbliche Geliebte“, des Briefes aus dem Konversationsheft T. 10 vom Februar 1823 und der beiden Partiturblätter aus op. 29 freundlichst gestattet. R. e. d.

bediente er sich der französischen Sprache. Es finden sich hier von Beethovens Hand folgende interessante Sätze: *)

J'étois bien ains d'elle et plus que jamais son époux. Il étoit pourtant plutot son amant que moi, mais par elle j'en appinois de son misère et je trouvais un homme de bien qui me donnoit la somme de 500 fl. pour le soulager...



Elle étoit prise [?] qu'épouse de lui avant [son voyage (ergänzt Schindler) de l'Italie — arrivé à Vienne (ergänzt Schindler)] elle cherchait moi pleureant, mais je la méprisais...

Schindler: „Herfame am Scheitelpunkte!“

Daß ein Liebesverhältnis zwischen Beethoven und Giulietta bestanden hat, ist nach diesen Worten Beethovens kaum zu bezweifeln. Fraglich aber erscheint immerhin, ob es sich hier nur um eine kurze Liebesnacht handelte, oder ob Giulietta Guicciardi mit der geheimnisumwobenen unsterblichen Geliebten zu identifizieren ist. Da sie sich schon 1803 mit dem Grafen Gallenberg vermaählte und dann mit dem Gatten nach Italien reiste, hätte der Brief vor dieser Zeit geschrieben sein müssen. Gegen diese von Schindler, Marx und Kalischer verfochtene Annahme erhob zuerst der fläussige Beethovenbiograph A. W. Thayer Einspruch. Es ist nicht möglich, hier eine genaue Aufzählung der Gründe zu geben, die den scharfsinnigen Forscher zu seinen Bedenken gegen die Guicciardi-hypothese veranlaßten. Es genügt zunächst festzustellen, daß Thayer in der Gräfin Therese Brunswid die Adressatin des Briefes vermutete. Unter Annahme eines Irrtums seitens Beethovens in der Tagesbenennung verlegte Thayer die Entstehung des Schreibens in das Jahr 1806. Ihm schlossen sich später Maximalinger und La Wata an. Die letztere veröffentlichte unter bombastischen Ankündigungen die „Memoiren der Gräfin Brunswid“ ohne dem irgendeinen Beweis für das Bestehen eines wirklichen Verhältnisses zwischen Beethoven und Therese Brunswid zu erbringen. Thayers Erklärung fand nur geringe Anerkennung und führte andere kombinationsreudige

*) Das ganze Gespräch teilt Kalischer in seiner Gesamtausgabe der Briefe Beethovens, 2. Aufl., Bd. 1, S. 76ff. mit.

Schriftsteller zur Aufstellung neuer Hypothesen. So behält Hugo Riemann, der Bearbeiter der Neuausgabe von Thayers biographischem Werk, zwar Therese Brunswid als Adressatin des Liebesbriefes bei, verlegt aber das Vorkommnis in das Jahr 1812. Von anderen wurden Bettina v. Arnim, Therese Walfatti (1810) und Amalie Sebald (1812) in Betracht gebracht.

Doch auch den finstigen Köpfen war es nicht möglich, den sachlich unbedingten sicheren Nachweis zu führen, daß Beethovens Brief tatsächlich an eine dieser Frauen gerichtet sein müßte. Immer mußten bis zu einem gewissen Grade unsichere Kombinationen, Vermutungen, willkürliche, aus subjektiver Überzeugung genommene Annahmen die Stelle untrüglicher Beweise ersetzen. Die Bräuten, die zur Vergangenheit führen, schienen abgedroht. Wer nicht gutgläubig genug war, um sich mit Theorien und eigenmächtigen Spekulationen zu begnügen, konnte über das Rätsel Hauptproblem der Beethovenforschung nur mit einem skeptischen „Ignorabimus“ hinweggehen.

(Fortsetzung folgt.)

Bayreuth und sein „Parsifal“.

Die Bayreuther Festspiele dieses Jahres erhalten ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie voraussichtlich die letzten vor dem Jahre 1913 sind, in dem die Werke Wagners nach den gesetzlichen Bestimmungen frei werden. In Anbetracht daran hat die Berliner Zeitschrift „Das Theater“ einer Anzahl angelegener Persönlichkeiten folgende Frage vorgelegt:

„Hätten Sie eine Verlängerung der Schutzfrist für Wagnerwert? Welche Gründe sprechen nach Ihrer Ansicht dafür respektive dagegen? Sind Sie insbesondere der Ansicht, daß der „Parsifal“ an Bayreuth gebunden ist?“

Von den eingegangenen Antworten seien die folgenden hier wiedergegeben:

Sermann Wahr schreibt aus Bayreuth: Ich wünsche, daß die Schutzfrist für „Parsifal“ verlängert werde, und es auch in Zukunft nirgends als in Bayreuth aufgeführt werde, weil ich unseren Gesellschaften eine vollkommene Wertschätzung „Parsifals“ nicht anzuweisen, geschweize denn die Erhaltung einer solchen Wertschätzung in Angersentore, und weil mit das Publikum unserer Gesellschaften, das vom Erwerb weg



